

## Resolution

*Antragstellerinnen: Ina Schönwetter-Cramer, Angelika Weikert*

*Adressaten: Bundesministerium für Gesundheit / Bayerisches Ministerium für Gesundheit und Pflege / Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales / Bundes- und Landtagsfraktionen von SPD, CSU, Freie Wähler, Grüne und FDP / Stadtratsfraktionen Nürnberg von SPD, CSU, Grüne, Die Linke / Die Ausschussgemeinschaft / Sozialreferat der Stadt Nürnberg / Referat für Umwelt und Gesundheitsfragen der Stadt Nürnberg.*

### **„Dem Fachkräftemangel in der Pflege konsequent begegnen“**

Seit Jahren wird angesichts der stetig steigenden Zahl an pflegebedürftigen Menschen der Pflegenotstand und Fachkräftemangel beklagt und über Lösungen gestritten. Die Fakten liegen auf dem Tisch, der Pflegenotstand ist Realität. Vieles wird diskutiert, aber viel zu wenig wird umgesetzt.

Mit dieser Resolution wollen wir dazu beitragen, dass seit Langem erhobene Forderungen aus unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft schnell, effizient und zielgenau umgesetzt werden.

Unsere Forderungen im Einzelnen:

#### **1. Das bisherige System der Finanzierung und Ausgestaltung der Pflege ist dringend reformbedürftig. Wir brauchen mehr Geld im System!**

- Der Eigenbeitrag für Pflegebedürftige und deren Angehörige muss gedeckelt werden. Die von Prof. Rothgang eingeforderte Reform der Pflegeversicherung nach dem Prinzip des "Sockel-Spitze-Tausch" muss konsequent umgesetzt werden.
- Die Länder müssen wieder die Verantwortung übernehmen und für die Investitionskosten aufkommen.
- Die Behandlungspflege in der stationären Versorgung soll der gesetzlichen Krankenversicherung übertragen und pauschal ausgeglichen werden.
- Der Einsatz von „Springern“ in der Langzeitpflege, die bei Personalengpässen zum Einsatz kommen, muss etabliert, aber auch refinanziert werden. Dabei müssen Leiharbeitskräfte die Ausnahme bleiben, denn deren Einsatz übersteigt häufig das Doppelte bis Dreifache des Tarifentgeltes und ist für die Träger nicht

refinanzierbar. Es ist zu prüfen, ob die von den Zeitarbeitsfirmen erhobenen Zeitarbeitsentgelte gedeckelt werden können.

- Die Freistellung von erfahrenen Fachkräften zur Praxisanleitung muss refinanziert werden.
- Zur Finanzierung fordern wir die Einführung einer Bürgerversicherung „*Pflege*“ bzw. die moderate Anhebung der Beiträge zur Pflegeversicherung sowie Zuschüsse aus Steuermitteln, um eine qualifizierte und bedarfsgerechte Pflege für die Einrichtungen zu gewährleisten.

## **2. Die Rahmenbedingungen in der wichtigen Arbeit der Pflegekräfte müssen verbessert werden!**

Das neue Personalbemessungsinstrument, das ab Juli 2023 eingeführt sein soll, ist zunächst eine gute Grundlage. Die starre Fachkraftquote wird durch einen Mix an Qualifikationen bei der Personalbemessung abgelöst. Allerdings ist hierfür eine Anpassung der Organisationsstrukturen vor Ort erforderlich. Dafür braucht es Zeit, Beratung und Hilfe und es braucht viel mehr einjährig ausgebildete Pflegehelfer\*innen.

### **Im Einzelnen fordern wir hierzu:**

- Die Einführung des neuen Personalbemessungsinstruments wird um 1 Jahr verschoben.
- Wir fordern eine bayerische Initiative zur Stärkung der Ausbildung in der Assistenzpflege und die Neugründung einer Berufsfachschule für Pflegefachhilfe. Die Ausbildung muss als Stufenausbildung angelegt sein, damit eine Weiterqualifizierung auf dieser Grundlage möglich ist.
- Der bürokratische Aufwand in der Pflege wird nach bereits bekannten wissenschaftlichen Kriterien neu organisiert. Dabei ist eine Rückbesinnung auf den Zusammenhang zwischen Pflegeprozess und Pflegedokumentation vorrangig.
- Die Doppelstrukturen zwischen Heimaufsicht und medizinischem Dienst müssen überprüft werden, denn überzogene Kontrollen vor Ort helfen nicht, die Qualität in der Pflege zu sichern. Freie Kapazitäten, die dadurch gewonnen werden, sind als Berater sinnvoller eingesetzt.

## **3. Zur Gewinnung von mehr Personal in der Pflege sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen**

- Die Bereitschaft zur Ausbildung in einem sozialen Beruf muss schon durch einen werteorientierten Unterricht in den Prägungsphasen der Schullaufplan geweckt werden. Die Ausbildung muss als Stufenausbildung angelegt sein, damit eine Weiterqualifizierung ohne Zeitverlust möglich ist.

- Bundespräsident Frank Walter Steinmeier hat die Debatte um ein „soziales Pflichtjahr“ angestoßen. Greifen wir diese Diskussion auf und führen sie mit vielen Akteuren aus allen gesellschaftlichen Bereichen fort!
- Einführung von Lebensarbeitszeitkonten in den Tarifverträgen. Der Pilottarifvertrag von AWO-Unterfranken mit der Gewerkschaft Verdi kann hier als Vorbild dienen.
- Anreizprogramme der Bundesagentur für Arbeit zur Rückkehr in den Pflegeberuf.
- Intensivierung der Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit bei der zentralen Gewinnung von ausländischen Fachkräften.
- Geflüchteten auch mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus die Ausbildung ermöglichen.
- Praktika erleichtern, vor allem für junge Geflüchtete.
- Die Weiterbildung zur Führungskraft in der Pflege mit Anreizen fördern.

#### **4. Höhere Energiekosten und weiterhin Corona bedingte Ausfälle in den Senioreneinrichtungen müssen für die 2. Jahreshälfte 2022 noch berücksichtigt werden**

- Der Rettungsschirm der Bundesregierung ist Mitte des Jahres ausgelaufen. Er war gut und wirksam. Allerdings sind die Ausfälle bei den Belegungszahlen nicht in der 2. Jahreshälfte verschwunden. Unabhängig davon sind die Kosten für Energie erheblich gestiegen.
- Wir fordern deshalb Bund und Länder auf bei den aufgelegten Entlastungspaketen auch die freien Träger der Wohlfahrtspflege zu berücksichtigen. Insbesondere bei dem 1,5 Mrd. angekündigten Härtefallfond der bay. Staatsregierung

#### **Und zum Schluss:**

Der gute Ruf der Pflege wird häufig durch die Gewinnorientierung privater Anbieter geschädigt. Die freien und kommunalen Träger sind ganz überwiegend verlässliche Partner für gute und am Menschen orientierte Pflege. Vor der Zulassung von rein privatwirtschaftlich organisierten Einrichtungen muss genau geprüft werden, ob diese den Anforderungen auch entsprechen.

Pflege braucht mehr Wertschätzung und die Behebung des „Pflegenotstandes“ muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen werden.